

«Das sind Alarmsignale für den Standort Schweiz»

Sie ist die neue starke Frau in der SVP: Magdalena Martullo-Blocher (46) ist in der Parteileitung für die Wirtschaftspolitik zuständig. In ihrem ersten programmatischen Interview plädiert die Neo-Nationalrätin für einen wirtschaftsliberalen Kurs – und sagt, wie sie Job, Familie und Politik unter einen Hut bringt.

VON PATRIK MÜLLER (TEXT) UND ALEX SPICHALE (FOTOS)

Im Sitzungszimmer in Herrliberg, wo Ems-Chefin Magdalena Martullo-Blocher ihr Büro hat, stehen für die Gäste Mineralwasser und «Basler Lächerli» bereit – aus dem Unternehmen ihrer jüngeren Schwester Miriam Blocher. Vor dem Interview gehen wir auf die Terrasse: Hoch über dem Zürichsee schiesst unser Fotograf die Porträtbilder. «In die Wiese stehe ich aber nicht», sagt die SVP-Nationalrätin und lacht: «Ich habe Heuschupfen.»

Frau Martullo, Sie bewegen sich zwischen Herrliberg, Graubünden und Bern – und sind zudem oft für Ems-Chemie im Ausland. Wie geht das?
Magdalena Martullo-Blocher: Das ist eine tägliche Herausforderung: Was mache ich wo, wen treffe ich wann? Irgendwie geht es immer, aber ich bin noch am Optimieren meiner Organisation. Ich besuche Kunden nicht nur im Ausland, sondern lade sie auch hierher ein – bald kommen beispielsweise Vertreter der deutschen Autoindustrie nach Laax.

Es heisst, ein Nationalratsmandat entspreche einem Arbeitspensum von etwa 40 Prozent. Wie viel Zeit nehmen Sie sich für die Politik?
Das kommt drauf an, wie man 100 Prozent definiert. Bei mir ist das ziemlich viel... Politik macht vielleicht 25 oder 30 Prozent meines gesamten Pensums aus. Ich habe mich im Unternehmen neu organisiert, die Geschäftsleitung um ein Mitglied erweitert, das entlastet mich.

Wie definieren Sie 100 Prozent?
24 Stunden, minus Schlaf, minus Zeit für die Familie. Das ist bei mir 100 Prozent.

Brauchen Sie wenig Schlaf?
Leider nicht. Mein Vater kommt mit fünf Stunden zurecht, ich brauche schon sechs bis sieben Stunden. Mein Mann sagt mir jeweils: «Schlafen kannst du ja dann auch noch genug im Sarg.»

Sie haben drei Kinder. Sehr oft werden Sie nicht zusammen Nachtessen können.
Am Wochenende immer. Wenn ich in Herrliberg bin und keinen Abendanlass habe, dann auch unter der Woche. Und am Morgen sehe ich die Kinder meistens, diese stehen inzwischen auch relativ früh auf und haben ihre Pensum (lacht). Schwieriger ist es während der Session, da übernachtete ich oft in Bern.

Wie häufig werden Sie von den Bündnern noch darauf angesprochen, dass Sie als Zürcherin den Kanton Graubünden vertreten?
Viele zeigen sich überrascht, wie sehr ich mich für Bündner Anliegen einsetze. Mir sind ja Wirtschaftsthemen sehr wichtig, und damit auch die Entlastung der Gastronomie, Hotellerie und Bauwirtschaft. Ich bin gut vernetzt und kann in Bern einiges bewirken. Ich sehe mich klar als Bündner und Schweizer Vertreterin.

Woran sieht man das?
So habe ich beispielsweise, anders als die SVP, sogar für Wasserkraft-Subventionen gestimmt. Für Graubünden ist Wasserkraft ein ganz wichtiger Zweig und muss, weil die Alternativenenergien so stark subventioniert werden, nun auch noch unterstützt werden. Die Energiestrategie 2050 ist eine unsägliche Subventionsma-

schine, gegen die sich leider wieder nur die SVP wehrt.

Seit den Wahlen fällt auf, dass SVP, FDP, CVP in wirtschaftspolitischen Fragen auf einmal recht geschlossen sind.
Schön wäre es! Es ist sicher besser als in der letzten Legislatur. Dennoch bin ich nach drei Sessionen erstaunt, wie insbesondere die FDP von sich aus wenig unternimmt, um Verbesserungen für die KMU und den Wirtschaftsstandort zu erreichen. Bei der CVP ist es ähnlich, aber da hatte ich es auch nicht erwartet. Die CVP ist zerrissen. Diese Parteien stimmen sogar oft gegen die Interessen der Wirtschaft, beispielsweise für Einschränkungen des freien Arbeitsmarktes.

Tatsache ist doch, dass die Bürgerlichen neuerdings im Parlament durchmarschieren: Das sah man bei der Unternehmenssteuerreform III oder bei der Ablehnung des Vaterschaftsurlaubs.

Der Vaterschaftsurlaub wurde ja nicht einmal von links, sondern von einem Bündner CVP-Vertreter im Rat initiiert (Martin Candinas; die Red.)! Aber: Im Nationalrat haben SVP und FDP nur eine hauchdünne Mehrheit von einem einzigen Sitz, im Ständerat liegt die Mehrheit bei der FDP und der CVP. Um bürgerlichen Anliegen zum Durchbruch zu verhelfen, braucht die SVP zwei andere bürgerliche Parteien! Die CVP ist als Partner unberechenbar. Ich hoffe, dass sich das mit dem neuen Präsidenten Gerhard Pfister verbessert. Fairerweise muss man ihm dafür noch etwas Zeit geben.

«24 Stunden, minus Schlaf, minus Zeit für die Familie. Das ist bei mir 100 Prozent.»

Die Stimmung hat bereits nach rechts gedreht: Bei der Unternehmenssteuerreform haben Sie sich in der Dividenden-Frage durchgesetzt. Passiert am Ende nicht dasselbe wie 2003 bis 2007? Damals politisierten Bundesrat und Parlament auch rechter, wurden aber an der Urne vom Volk zurückgepfiffen – etwa beim Steuerpaket.

Das glaube ich nicht. Aufgrund von internationalem Druck müssen wir unser Steuersystem anpassen. Viele internationale Gesellschaften verlieren ihren speziellen Status und müssen mehr Steuern zahlen. Das betrifft einige Kantone stark. Es ist wichtig, dass wir den Kantonen Möglichkeiten geben, andere, international akzeptierte Spezialkonditionen zu gewähren. Denn Grossunternehmen sind heute mobil. Es braucht nicht viel und sie ziehen weg. Heute zahlen diese Gesellschaften die Hälfte unserer Bundessteuern! Dass wir stattdessen kleine und mittlere Unternehmen mehr zur Kasse bitten, wie es die Linke will, wäre sicher falsch. Die SVP setzt sich für tiefe Steuern und Abgaben für alle ein. So können wir erfolgreiche Unternehmen und Arbeitsplätze anziehen und erhalten.

Die Linke ist wegen der gestärkten Rechten alarmiert: SP-Präsident



Magdalena Martullo-Blocher auf der Terrasse ihres Ems-Chemie-Büros in Herrliberg ZH.

Christian Levrat bezeichnete die neuen FDP- und CVP-Präsidenten als «Kommandoüberfall von rechts».
(Lacht herzlich) Ich wäre froh, Petra Gössi und Geri Pfister würden nicht nur Interviews geben, sondern uns mit ihren Parteien und ihren eigenen Bundesräten einmal von rechts überraschen.

FDP und CVP sollten ihre Bundesräte an die Kandare nehmen?
Bundesräte sind Vertreter ihrer Parteien. Ohne diese sässen sie nicht im Bundesrat. Nehmen wir den freisinnigen Ausenminister Didier Burkhalter. Er verhandelt mit der EU ein institutionelles Abkommen, das fremde Richter und die Übernahme von EU-Recht für die Schweiz vorsieht. Und was tut die FDP? Sie schweigt, nimmt keine Stellung. Das Volk und die Wirtschaft wollen das institutionelle Abkommen nicht. Wieso verpflichtet die FDP ihren Bundesrat nicht stattdessen zu einer erfolgreichen Umsetzung der Masseneinwanderung?

Es ist nicht im Sinn des Erfinders, wenn Bundesräte sich vor allem als Parteivertreter verhalten. Es geht um das Landesinteresse.
Jede Partei soll ihre Anliegen in die Regierung einbringen, und dann wird gemeinsam um die beste Lösung gerungen. Das ist Konkordanz! Aber zurzeit funktioniert es im Bundesrat nicht so. Wo ist bisher die bürgerliche Mehrheit im Bundesrat von sich aus aktiv geworden, um Bürokratie und Regulierung zu reduzieren? Die meisten Vorlagen aus dem Bundesrat schwächen den Standort sogar weiter, statt dass sie ihn stärken. Wir können nicht alles übers Parlament korrigieren.

Sie nehmen CVP und FDP in die Pflicht. Aber wenn es um Wirtschaftsinteressen und den Standort geht, ist doch vor allem eines ein Problem: Die Ungewissheit, wie es nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative weitergeht. Und die hat uns die SVP eingebracht!
Und das Volk...

... die Initiative stammt von der SVP.
Sie war wichtig und richtig. Inzwischen haben wir eine Erwerbslosenquote, die schlechter ist als in Deutschland. Fast 10 Prozent der Ausländer haben keine Arbeit, bei den Schweizern sind es nur 3,4 Prozent. Die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative soll bis im Februar 2017 stattfinden. Aber der Bundesrat verzögert und verzögert.

Die SVP nimmt die Kündigung der Bilateralen durch die EU in Kauf.
Wir stehen hinter den Bilateralen, aber nicht um jeden Preis. Wir waren auch nie dagegen, dass die Wirtschaft die nötigen Spezialisten bekommt. Wir von der SVP sind überzeugt: Die Masseneinwanderungsinitiative lässt sich wirtschaftsverträglich umsetzen. Wenn man denn will!

Was heisst wirtschaftsverträglich für Sie?
Dass die Unternehmen diejenigen Arbeitskräfte, die sie brauchen, unbürokratisch bekommen.

Der Knackpunkt bei der Umsetzung sind die Kontingente. Ist die SVP bereit, auf Kontingente und Höchstzahlen zu verzichten?
Wir wollen keine Zahlen festschreiben, wollen aber eine Umsetzung, die zu weniger Einwanderung führt.

Was für Massnahmen meinen Sie?
Man kann beim Familiennachzug bei Kurzaufenthaltern durchaus restriktiver sein. Auch der Zugang zu den Sozialleistungen für ausländische Arbeitskräfte, etwa bei der Arbeitslosenversicherung, muss eingeschränkt werden. Sogar im Rahmen der Personenfreizügigkeit mit der EU sind viele Einschränkungen möglich. Diese hätte der Bundesrat schon lange machen können. Aber er verfolgt offensichtlich eine andere Agenda.



«Aktuell bin ich gerade begeistert vom unteren Rheintal: Maienfeld, Bad Ragaz, die Heidi-Region»: Magdalena Martullo-Blocher.

Unternehmerin und Politikerin

Magdalena Martullo-Blocher wurde 1969 in Männedorf ZH geboren. Nach dem Studium der Betriebswirtschaft an der Hochschule St. Gallen arbeitete sie unter anderem bei Johnson & Johnson und Rivella. 2001 trat sie in die Ems-Gruppe ihres Vaters Christoph Blocher ein. Nach seiner Wahl in den Bundesrat veräusserte dieser seine Beteiligung an der Ems-Gruppe an seine vier Kinder. Martullo-Blocher wurde CEO der Ems-Chemie Holding AG und zugleich exekutive Vizepräsidentin des Verwaltungsrates. Zusammen mit ihrer Schwester Rahel Blocher ist sie heute Mehrheitsaktionärin des Unternehmens. Seit 2004 ist Martullo-Blocher ausserdem Mitglied des Vorstandes von Scienceindustries und leitet dort den Ausschuss Wirtschaft. Im vergangenen Jahr trat sie in die Politik ein. Sie vertritt als Mitglied der SVP den Kanton Graubünden im Nationalrat. Wohnhaft ist sie mit ihrem Mann Roberto Martullo und den gemeinsamen drei Kindern in der Lenzerheide GR sowie in Feldmelen ZH.

Das heisst, Sie bieten Hand für eine Umsetzung ohne Kontingente?
Kontingente bräuchte es für Extremsituationen, falls der Inländervorrang nicht funktionieren sollte und die Einwanderung aus dem Ruder laufen würde. Dann müsste man Kontingente zuteilen.

Die SVP bewegt sich also – so wie von Ihnen skizziert, scheint eine Lösung mit FDP und CVP denkbar.
Bewegen muss sich der Bundesrat, der schon die Botschaft verzögert hat. Der Inländervorrang muss genauer ausgearbeitet werden. Hier liegt der Ball bei der Verwaltung. Die SVP ist schon lange bereit, aktiv mitzuarbeiten. Die Europäische Union wird unsere Umsetzung nicht lieben und etwas monieren – das müssen wir dann halt in Kauf nehmen. Sie hat aber viel gewichtigere Probleme mit der Einwanderung in der EU und wird der Schweiz die Bilateralen nicht einfach so künden.

Sie betonen die Gemeinsamkeiten der SVP mit der Wirtschaft und sind wirtschaftsliberal. Doch es gibt eine Tabu-Zone: die Landwirtschaft. Da will die SVP nicht sparen.
Auch das ist kein Tabu. Die Landwirtschaft wird dominiert durch einen riesigen staatlichen Steuer- und Kontrollapparat. Hier könnte man sehr wohl reduzieren, vereinfachen und auch sparen. Jeder Handgriff wird heute dokumentiert, kontrolliert und entschädigt. Wir sind für eine effiziente und produktive Landwirtschaft. Das erreichen wir nicht, indem wir die Direktzahlungen kürzen, wie das die Linken wollen. Die Landwirtschaft muss von ihren Fesseln befreit werden!

Die USA und die EU planen die Freihandelszone TTIP. Müsste da die Schweiz mitmachen – obwohl die Landwirtschaft unter die Räder kommen könnte?
Die Schweiz muss sich auf ein mögliches TTIP vorbereiten. Wenn die EU dies mit den USA abschliesst, müssen wir ebenfalls eine Art Zollfreiabkommen haben, sonst ist unsere Wirtschaft im Vergleich zu den Unternehmen in der EU bedeutend benachteiligt. Firmen würden aus der Schweiz in die EU abwandern. Aber gleichzeitig wollen wir natürlich auch eine gute Lösung für die Landwirtschaft. Hier erwarte ich vom Departement von Bundesrat Schneider-Ammann, dass es äusserst attraktiv. Auch in der Lenzerheide unternimmt man viel und kann damit neue Gäste anziehen. Man muss etwas für den Tourismus tun, ihn vermarkten, dann werden auch die Preise bezahlt. Ganz wichtig ist, dass der Staat endlich die Betriebe im Tourismus von der Bürokratie und den wahnsinnigen Vorschriften befreit, etwa bei den Lebensmitteln oder im Bau. Dann hätten die Betriebe endlich wieder mehr Handlungsspielraum.

Was macht Sie zuversichtlich?
Ich sehe viele gute Beispiele. Es geht etwas! Wenn ich in Graubünden unterwegs bin, übernachtete ich mal da, mal dort und schaue mir das Tourismusangebot an. Aktuell bin ich gerade begeistert vom unteren Rheintal: Maienfeld, Bad Ragaz, die Heidi-Region – diese Region entwickelt sich erfreulich und ist äusserst attraktiv. Auch in der Lenzerheide unternimmt man viel und kann damit neue Gäste anziehen. Man muss etwas für den Tourismus tun, ihn vermarkten, dann werden auch die Preise bezahlt. Ganz wichtig ist, dass der Staat endlich die Betriebe im Tourismus von der Bürokratie und den wahnsinnigen Vorschriften befreit, etwa bei den Lebensmitteln oder im Bau. Dann hätten die Betriebe endlich wieder mehr Handlungsspielraum.

Der Euro-Franken-Kurs ist ein wesentlicher Grund für den Abbau in der Industrie.
Die Ursache des Währungsproblems liegt nicht in der Schweiz, sondern in Europa. Wir müssen da ansetzen, wo wir können: bei der Entlastung der Wirtschaft. Zudem ist unsere Ausländer- und Flüchtlingspolitik zu überdenken!

Muss der Tourismus, insbesondere in Graubünden, damit leben, dass immer weniger Gäste aus dem Euro-Raum kommen?
Ich bin nicht so pessimistisch. Es gab starke Rückgänge, jetzt sehen wir aber Anzeichen einer Stabilisierung. Graubünden muss sich auf Touristen ausrichten, welche die hiesigen Preise zahlen können und wollen, und sie mit entsprechendem Marketing und dem passenden Angebot abholen. Zahlreiche Personen aus allen Weltregionen können sich Ferien in der Schweiz durchaus leisten. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen: Graubünden lohnt sich!

Was macht Sie zuversichtlich?
Ich sehe viele gute Beispiele. Es geht etwas! Wenn ich in Graubünden unterwegs bin, übernachtete ich mal da, mal dort und schaue mir das Tourismusangebot an. Aktuell bin ich gerade begeistert vom unteren Rheintal: Maienfeld, Bad Ragaz, die Heidi-Region – diese Region entwickelt sich erfreulich und ist äusserst attraktiv. Auch in der Lenzerheide unternimmt man viel und kann damit neue Gäste anziehen. Man muss etwas für den Tourismus tun, ihn vermarkten, dann werden auch die Preise bezahlt. Ganz wichtig ist, dass der Staat endlich die Betriebe im Tourismus von der Bürokratie und den wahnsinnigen Vorschriften befreit, etwa bei den Lebensmitteln oder im Bau. Dann hätten die Betriebe endlich wieder mehr Handlungsspielraum.